

IMPRESSUM

Herausgeber:

Die lokale Geschäftsstelle der IG Metall

Inhaltlich verantwortlich

i. S. d. Presserechts:

Reinhard Schwitzer

reinhard.schwitzer@t-online.de

Gestaltung:

Julius Scheer Kreativmedien

julius.scheer.de

insbesondere im Nahen Osten, laut dem Stockholmer Friedensinstitut SIPRI zwischen 2020 und 2024 die größte Abnehmerregion deutscher Rüstungsexporte.

Viele deutsche Rüstungsexporte stehen zudem im Widerspruch zu internationalen Verpflichtungen. So beliefert Deutschland etwa die Vereinigten Arabischen Emirate, die dafür bekannt sind, Waffenembargos zu brechen. Das destabilisiert die Region und untergräbt unsere Glaubwürdigkeit.

Die **IG Metall** hat auf ihrem **Gewerkschaftstag 2023** beschlossen:

„Wir fordern abgestimmte und gemeinsame Leitlinien für die Rüstungsexportkontrolle in der EU. Einheitliche Kriterien müssen für Bestimmungs- und Endverbleibsländern gleichermaßen gelten.“

Abschließende Genehmigungsentscheidungen dürfen nicht in einem intransparenten Gremium wie dem Bundessicherheitsrat getroffen werden.

Der Bundestag ist über nachträgliche Informationsrechte hinaus in die Abwägungs- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen.“

► Behauptung #7

Steigende Rüstungsausgaben bringen wirtschaftlichen Aufschwung und sind ein Jobmotor

Richtig ist: Wenn der Staat mehr Geld für Rüstung ausgibt, hat das Folgen: Steigende Staatsverschuldung, Verteilungsdebatten und schmerzhaftes Kürzungen bei anderen öffentlichen Aufgaben. Wirtschaftlich profitiert davon in erster Linie die Rüstungsindustrie.

Doch haben wachsende Rüstungsausgaben nicht auch positive Effekte für die Volkswirtschaft? Investiert der Staat die gleiche Summe stattdessen in Umweltschutz, Bildung oder Gesundheitswesen, sorgt das für deutlich mehr Wachstum bzw. Arbeitsplätze. Wer also den Rüstungsetat erhöht und gleichzeitig Mittel für Energiewende, Schulen und Krankenhäuser streicht, bremst damit das Wirtschaftswachstum und treibt Sozialabbau und in deren Folge Armut in der Gesellschaft voran.

Auch hierzu haben sich die Delegierten des **IG Metall Gewerkschaftstages 2023** eindeutig positioniert:

„Eine dauerhafte Steigerung des Etats für Rüstung und Verteidigung auf ein willkürlich erscheinendes, an konjunkturelle Entwicklungen gekoppeltes 2-Prozent-Ziel oder gar darüber hinaus lehnen wir ab.“

Vielmehr muss sich der Verteidigungshaushalt danach bemessen, was zur Erfüllung der Aufgabe in der Landes- und Bündnisverteidigung erforderlich ist. Zudem sind die Mittel und Anstrengungen für zivile Konfliktprävention und Entwicklungszusammenarbeit deutlich zu erhöhen.“



Im **Paragraph 2 der IG Metall-Satzung** heißt es, dass die IG Metall sich „für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung“ einsetzt.

Diesen Satzungsauftrag müssen wir mit Leben erfüllen, damit unsere Welt und die Menschheit eine Zukunft haben. Deshalb unterstützt die IG Metall eine verantwortungsvolle Politik für Frieden und Sicherheit.

Hinweis:

Wesentliche Bestandteile dieses Textes beziehen sich auf das Faltblatt „Mythen der Militarisierung“ der Organisation „**Ohne Rüstung Leben**“.

Alle zu den einzelnen Punkten verwendeten Quellen sind auf der Internetseite von Ohne Rüstung Leben abrufbar und können über den folgenden Link eingesehen werden.

<https://www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen/faktencheck-mythen-der-militarisierung.html>

Redaktion:

Pia Pachauer
Klaus Pape
Reinhard Schwitzer
Heinz-Hermann Witte



ERZÄHLUNGEN UND LEGENDEN DER MILITARISIERUNG

Ein Faktencheck.

„Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“

Willy Brandt, 1981

Willkommen zum **Faktencheck** zum Thema **Militarisierung!**

Europa steht vor der größten Aufrüstung seit Jahrzehnten. Bald könnte fast jeder zweite Euro aus dem Bundeshaushalt in Militär und kriegsrelevante Infrastruktur fließen. In Medien und politischen Debatten heißt es, diese Aufrüstung sei zwingend nötig. Aber sind die Fakten wirklich so eindeutig? Wir haben die **häufigsten Behauptungen nüchtern und sachlich überprüft** und widerlegen mit unserem Faktencheck Erzählungen und Legenden der Militarisierung und liefern fundierte Argumente.

► Behauptung #1

Die Bundeswehr wurde in den letzten Jahren kaputtgespart

Richtig ist: Die Bundeswehr ist handlungsfähig und in der Lage, ihren Beitrag zur Bündnisverteidigung zu leisten. Von 2015 bis 2025 haben sich die deutschen Militärausgaben im Einzelplan 14 (EPL 14) des Bundeshaushaltes mehr als verdoppelt: Der Verteidigungs-haushalt (EPL 14) umfasste 2015 insgesamt 33 Milliarden Euro. In diesem Jahr sind es 62,31 Milliarden Euro. Dazu kommen 24 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen, also insgesamt 86,31 Milliarden Euro. Damit zählt Deutschland zu den Ländern mit den höchsten Ausgaben für Militär und Verteidigung. Von kaputtgespart kann also keine Rede sein.

Die Probleme der Bundeswehr liegen vielmehr daran, dass lange **unklar war, was sie überhaupt leisten soll**. Auslandseinsätze, "Krieg gegen den Terror" (nach den Anschlägen vom 11. September 2001), „Verteidigung Deutschland am Hindukusch“ (ehem. Verteidigungsminister Peter Struck, Dezember 2002) und zu viele externe Beraterinnen und Berater sorgten für immer neue Vorgaben und Strukturen. Dass darüber der Kernauftrag der Landesver-teidigung (vergl. Grundgesetz Artikel 87a) in den Hintergrund geraten ist, hat allein die Politik zu verantworten. Sehr viel Geld versickert im Beschaffungswesen der Bundeswehr: **Die Strukturen sind nach wie vor ineffizient und intransparent**. Oft werden viel zu teure und komplexe Waffensysteme geordert. Der **Bundesrechnungshof rügt** seit Jahren fehlende Korruptionsprä-vention und mangelhaftes Projektmanagement. Nun warnt er angesichts der neuen Milliarden vor einer "Geld spielt keine Rolle"-Mentalität und fordert grundlegende Reformen.

► Behauptung #2

Deutschland muss Verantwortung übernehmen; das geht nur militärisch

Richtig ist: Deutschland ist eines der reichsten und sichersten Länder der Welt – dank eines friedlichen Europas, funktionierender

Demokratie und dem Aufbau einer auf Kooperation und Frieden ausgerichteten Weltordnung. Doch all das steht jetzt unter massivem Druck. Daher ist es wichtig, dass Deutschland Verantwortung übernimmt – allerdings **nicht in erster Linie militärisch!** Zwei andere Bereiche sind deutlich wichtiger:

Die internationale Ordnung wird massiv durch Staaten beschädigt, die ihre Interessen mit militärischer Gewalt und sogar geächteten Waffen wie Landminen und Streumunition durchsetzen wollen. Damit auf der Welt künftig nicht das "Recht des Stärkeren" gilt, sollte Deutschland sich für eine konsequente Einhaltung internationaler Verpflichtungen und des Völkerrechts einsetzen und alle Verstöße klar benennen. Dafür braucht es unter anderem eine Reform und deutliche Stärkung der Vereinten Nationen.

Gleichzeitig werden immer mehr Menschen durch Klimakrise, Hungersnöte und Menschenrechtsverletzungen bedroht. Es ist von zentraler Bedeutung, sie vor Ort zu unterstützen, um eskalierender Gewalt und Vertreibung zuvorzukommen. **Daher sollte Deutschland die zivile Krisenprävention, Friedensförderung und internationale Zusammenarbeit nicht massiv kürzen, sondern deutlich ausbauen.**

► Behauptung #3

2029 könnte Russland Europa angreifen. Ohne die USA sind wir schutzlos ausgeliefert

Richtig ist: Deutschland und Europa sind mit enormen sicherheitspolitischen Herausforderungen konfrontiert. Wir brauchen eine neue Friedensordnung, was auch eine funktionierende Landesverteidigung einschließt. Dafür muss Europa aber nicht aufrüsten: Wie eine Greenpeace-Studie aus dem Jahr 2024 zeigt, sind die europäischen NATO-Staaten – auch ohne die USA – im Hinblick auf Militärbudgets, Truppenstärke und Großwaffensysteme schon jetzt Russland klar überlegen.

Die schrillen Warnungen aus der Politik sollten daher nüchtern hinterfragt werden: So wird in Interviews mit mehreren Expertinnen und Experten in der ZEIT vom 22. Mai 2025 deutlich, dass es **keine schlüssigen Hinweise auf einen Angriff Russlands auf die NATO im Jahr 2029 gibt**. Der immer wieder in Talkshows eingeladene „Experte“ Professor Carlo Masala (Universität der Bundeswehr, München) verhehlt nicht, dass die Sorge der Menschen strategisch genutzt wird, um sie "auf höhere Verteidigungsmaßnahmen einzustimmen".

Die von der NATO beschlossenen Rüstungsausgaben in Höhe von fünf Prozent des BIP würden für Deutschland rund 215 Milliarden Euro pro Jahr entsprechen. Das wären die dritthöchsten Militärausgaben weltweit! Bundeskanzler Friedrich Merz begründet die dafür geplante gigantische Verschuldung damit, man sei bereits "im Krieg mit Putin". **Eine solche Kriegsvorbereitung führt in**

Aufrüstungsspiralen und schlägt alle Türen zu für Rüstungs-kontrolle, Vertrauensbildung und Diplomatie.

Im **Beschluss des IG Metall Gewerkschaftstages vom Oktober 2023** heißt es dazu:

„Eine Fixierung auf Waffenlieferungen verlängern diesen Krieg und führt auf beiden Seiten zu tausenden Toten und Verletzten. Daher ist der Schwerpunkt auf diplomatische Lösung zu legen, um zunächst einen schnellen Waffenstillstand zu vereinbaren. Eine einseitige Fixierung der Debatte auf Waffenlieferung und ein Denken in den Kategorien „Sieg“ oder „Niederlage“ ist der falsche Weg.“

► Behauptung #4

Verhandlungen sind sinnlos; Aggressoren verstehen nur militärische Stärke

Richtig ist: Der größte Teil aller Kriege endet am Verhandlungstisch. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des Forschungsinstitutes Inclusive Peace. Verhandlungen führen demnach eher zu einem nachhaltigen Friedensprozess zwischen Staaten als militärische Erfolge. Sie müssen gut vorbereitet und strukturiert werden und sollten ergebnisoffen beginnen. Miteinander zu sprechen, bedeutet nicht, dass man die Handlungen oder Positionen der Gegenseite legitimiert oder anerkennt.

Das sieht man etwa daran, dass sogar zwischen der israelischen Regierung und der Terrororganisation Hamas verhandelt wird. Auch die Ukraine und Russland führen indirekte Gespräche – etwa über den Gefangenenaustausch.

Die Welt braucht politische Lösungen, um künftige Angriffskriege wie den Russlands auf die Ukraine zu verhindern. Nötig sind daher Gespräche über neue Friedens- und Sicherheitsstrukturen – etwa nach dem Vorbild der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), bei der sich Staaten aus Ost und West im Jahr 1975 auf Prinzipien ihrer Beziehungen und die friedliche Regelung von Streitfällen geeinigt haben. Außerdem ist eine Reform der Vereinten Nationen und eine Rückkehr zu den Prinzipien des Völkerrechts überfällig. All das lässt sich nur durch Diplomatie erreichen.

► Behauptung #5

Atomare Abschreckung schafft Sicherheit und Frieden

Atomare Abschreckung ist in erster Linie eine Theorie. Sie geht davon aus, dass die Androhung vollständiger gegenseitiger Vernichtung dazu führt, Aggressionen und Kriege zu verhindern. Das mag einleuchtend klingen; tatsächlich konnte die Wirkung aber bislang noch in keinem Fall nachgewiesen werden. Angesichts von immer mehr Atomwaffenstaaten und immer komplexeren Konflikten muss das Konzept der Abschreckung heute noch stärker angezweifelt werden als in den 1980er-Jahren.

Abschreckung setzt die Bereitschaft voraus, im Zweifel Massenvernichtungswaffen gegen die Bevölkerung eines anderen Landes einzusetzen. Das ist nicht nur ein Verstoß gegen geltendes Völkerrecht, sondern auch eine ständige Bedrohung der Menschheit - denn ein Irrtum, eine Fehleinschätzung oder ein Unfall können jederzeit vorkommen.

Mittlerweile ist klar, dass die Atombombenabwürfe der US-Luftwaffe auf Hiroshima (6. August 1945) und Nagasaki (9. August 1945) **nicht aus militärischer Notwendigkeit sondern als militärische Machtdemonstration** gegenüber der damaligen UdSSR erfolgte. Bisher übrigens die einzigen Atomwaffen, die in einem Krieg eingesetzt wurden!

Hinzu kommt: Die vermeintliche Sicherheit durch nukleare Abschreckung ist einseitig. Nur einige wenige Länder nehmen sich das Recht heraus, mit dem Einsatz von Atomwaffen zu drohen. Die Auswirkungen dieser Politik und das ständige Risiko eines Atomkrieges jedoch betreffen alle Menschen - und machen damit die ganze Welt deutlich unsicherer! **Die letzten Jahre des Kalten Krieges haben deutlich gezeigt, dass nicht Abschreckung, sondern Entspannungspolitik und nukleare Rüstungskontrolle zu gemeinsamer Sicherheit und Frieden führen.**

Zur Rüstungskontrolle hat der **IG Metall Gewerkschaftstag 2023** u.a. beschlossen:

„Gemeinsam mit dem DGB und anderen Einzelgewerkschaften wird die IG-Metall Initiativen und Abkommen zur Rüstungskontrolle fordern und abrüstungs- und entspannungspolitische Initiativen unterstützen. Atomare, biologische und chemische Waffen müssen weltweit geächtet werden.“

► Behauptung #6

Rüstungsexporte sichern Stabilität und Einflussnahme in strategisch wichtigen Regionen

Richtig ist: Rüstungsexporte haben dabei ein großes Konflikt- und Eskalationspotenzial über viele Jahrzehnte. Dies zeigt sich